



GEMEINDE DÖRPEN

Der Gemeindedirektor

Gemeinde Dörpen - Postfach 11 40 - 26888 Dörpen

Rathaus:

Hauptstraße 25
26892 Dörpen

☎ Vermittlung: (0 49 63) 4 02 - 0
☎ Durchwahl: (0 49 63) 4 02 - 408
➤ Telefax: (0 49 63) 4 02 - 420
✉ Mail: kunz@doerpen.de

Auskunft erteilt: Frau Kunz
Zimmer Nr.: 408

Ihr Schreiben

Ihr Zeichen

Mein Zeichen
622-20-75

Datum
M. 05.2017

BEKANNTMACHUNG

über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes
Nr. 75 „Finkenstraße“
(beschleunigtes Verfahren gem. §§ 13 a und 13 BauGB)

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Dörpen hat die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 75 „Finkenstraße“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB in Verbindung mit § 13 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung beschlossen. Der Entwurf des Bebauungsplanes mit gestalterischen Festsetzungen und der Entwurf der Begründung liegen in der Zeit vom **22. Mai 2017 bis zum 26. Juni 2017** gemäß § 3 (2) des Baugesetzbuches im Rathaus der Samtgemeinde in Dörpen, Hauptstraße 25, Zimmer 408, 26892 Dörpen, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Während dieser Auslegungsfrist können Stellungnahmen vorgebracht werden.

Die Besuchszeiten der Samtgemeindeverwaltung sind wie folgt festgesetzt:

Montag bis Mittwoch	8.00 Uhr bis 12.30 Uhr	14.00 Uhr bis 16.30 Uhr
Donnerstag	8.00 Uhr bis 12.30 Uhr	14.00 Uhr bis 17.45 Uhr
Freitag	8.00 Uhr bis 12.00 Uhr	

Auch können die kompletten Antragsunterlagen im oben genannten Zeitraum auf der Homepage der Samtgemeinde Dörpen unter www.doerpen.de eingesehen werden.

Das Plangebiet ist im nachfolgenden Kartenausschnitt rot gekennzeichnet.

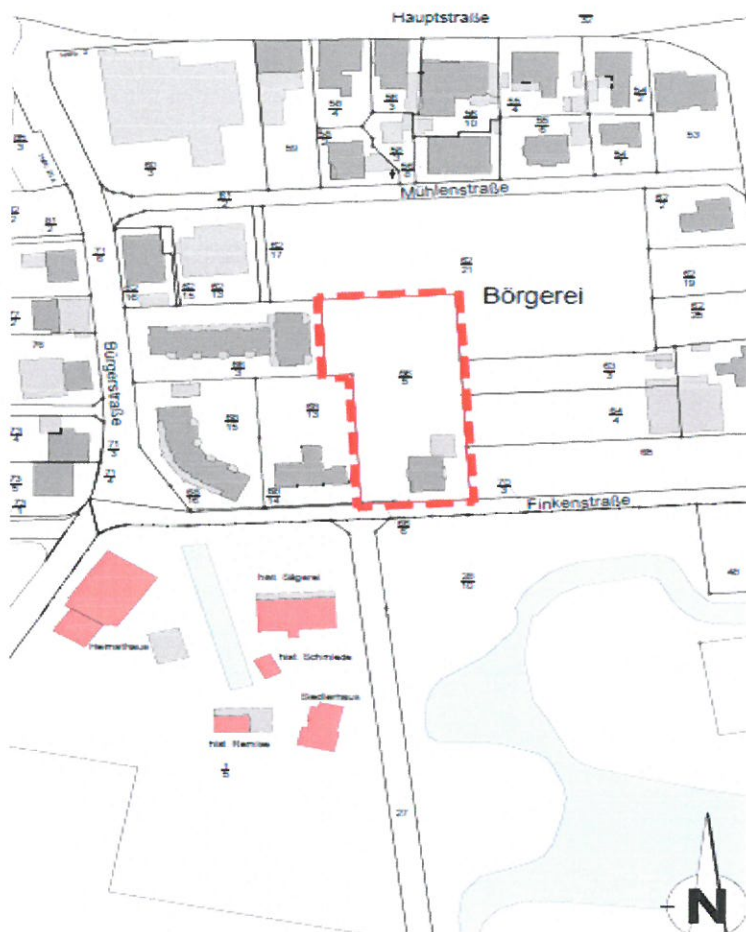
Besuchszeiten

Mo.-Mi. 8.00 Uhr - 12.30 Uhr u. 14.00 Uhr - 16.00 Uhr
Do. 8.00 Uhr - 12.30 Uhr u. 14.00 Uhr - 17.45 Uhr
Fr. 8.00 Uhr - 12.00 Uhr

Bankverbindungen:

Sparkasse Emsland DE73 2665 0001 0015 0009 04 NOLA DE 21EMS
Emsl. Volksbank eG DE54 2666 1494 0010 0501 00 GENODEF1MEP
Oldenburgische Landesbank DE79 2802 0050 7661 1110 00
OLBODEH2XXX

- 2 -



Es wird noch darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der endgültigen Beschlussfassung unberücksichtigt bleiben.

Des Weiteren wird noch darauf hingewiesen, dass ein Antrag nach § 47 (2a) der Verwaltungsgerichtsordnung in Verbindung mit § 215 des Baugesetzbuches unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung gem. § 3 (2) BauGB nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hermann Wocken

Ausgehängt: 11.05.2017

Abgenommen: